

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E1_14/1

E1_14/1 Gemeinsam Grenzen überwinden - Mobilität in Zeiten von Erasmus+

Jede*r sollte frei entscheiden können, wo sie*er leben, lernen oder arbeiten möchte - unabhängig von Geburtsort, Staatsbürger*innenschaft oder Aufenthaltsstatus. Von diesem Ideal sind wir noch weit entfernt - doch die EU-weite Freizügigkeit ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung und zugleich ein Grundpfeiler der Europäischen Union. Die Möglichkeit mobil zu sein, erlaubt es, Neues zu erleben, den eigenen Horizont zu erweitern und zu reflektieren - und der Austausch fördert den Abbau von Vorurteilen und bereichert alle Seiten.

Damit es nicht nur bei der theoretischen Möglichkeit der Freizügigkeit bleibt, sondern vor allem auch junge Menschen diese Chance nutzen können und ein echter und stetiger interkultureller Austausch zustande kommt, gibt es in der EU seit vielen Jahren verschiedene Austausch- und Förderprogramme. Das bekannteste von ihnen ist das Erasmus-Programm. 1987 gegründet, hat es mittlerweile Millionen von Studierenden und Hochschulmitarbeiter*innen einen Austausch ermöglicht. Im Hochschuljahr 2012/13 haben allein aus der Bundesrepublik 35.000 Studierende einen Auslandsaufenthalt im Rahmen des Erasmus-Programms absolviert - so viele, wie nie zuvor. Zugleich haben rund 30.000 internationale Studierende und Hochschulmitarbeiter*innen an Hochschulen in der Bundesrepublik gelernt oder gelehrt.

Seit 2013 ist das Erasmusprogramm gemeinsam mit allen jugend-, bildungs- und sportpolitischen Programmen der EU in dem Programm „Erasmus+“ zusammengefasst, das für den Zeitraum bis 2020 mit 14,7 Milliarden Euro budgetiert ist und mehr als 4 Millionen Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden einen Austausch möglich machen soll. Es ist begrüßenswert, dass alle Austauschprogramme der EU fortbestehen können und nun unter einem Dach zusammengefasst sind. Und vor allem der Mittelaufwuchs um rund 40 % und die gestiegene Zahl an Menschen, denen so ein Austausch zugänglich gemacht wird, sind ein Erfolg. Auch die Möglichkeit, ab sofort mehrfach am Erasmus-Programm teilzunehmen ist im Sinne eines lebenslangen Lernens und lebenslanger Mobilität positiv.

Doch um Mobilität tatsächlich allen Menschen im gleichen Maße zugänglich zu machen, ist noch viel Arbeit notwendig. Noch immer hat die soziale Herkunft entscheidenden Einfluss auf die inländische und vor allem auch die internationale Mobilität von Studierenden. In der Regel reicht der Erasmus-Satz bei weitem nicht, um das Leben im Ausland und den Austausch zu finanzieren. Und die Studie-

renden haben - je nach Hochschule und Herkunftsland - bei weitem nicht die gleichen Chancen, am Erasmus-Programm zu partizipieren, da die Bedingungen von Ort zu Ort stark variieren. Dies gilt auch für Möglichkeit, während des Erasmus-Aufenthalts erbrachte Leistungen an der entsendende Hochschule anerkennen zu lassen. Ebenfalls nicht unproblematisch ist die neu eingeführte Möglichkeit für einen vollständig im Ausland absolvierten Master ein spezielles zinsgünstiges Darlehen zu erhalten. Während eine Unterstützung im Master generell positiv zu bewerten ist, ist eine Darlehensfinanzierung - und die Angst, sich noch im Studium zu verschulden - für viele Menschen noch immer eine große Hürde.

Wir fordern deshalb:

- Der Mittelaufwuchs des Erasmus+-Programms ist ein Schritt in die richtige Richtung - doch die Mittel müssen weiter erhöht werden, damit im gesamten Programmzeitraum allen Interessierten ein Austausch bei angemessener Förderung möglich gemacht werden kann.
- Das Darlehensprogramm für Masterstudierende muss in einen Vollzuschuss umgewandelt werden.
- Studierende aus der Türkei müssen auch in Zukunft ohne Einschränkungen am Erasmus-Programm teilnehmen können. Die Studierenden dürfen nicht für Unregelmäßigkeiten und etwaige Korruptionsvorfälle der Regierung oder Verwaltung bestraft werden.
- Studierende aus der Schweiz müssen auch in Zukunft wieder unverzüglich, ohne Einschränkungen und Umwege am Erasmus-Programm teilnehmen können. Die Antwort auf den dortigen Volksentscheid über die Zuwanderungsbeschränkung kann nicht sein, Studierende, Schüler*innen und Hochschulmitarbeiter*innen von einem Programm auszuschließen, welches den interkulturellen Horizont erweitern und Toleranz fördern soll.
- Das Programm soll geöffnet und die Zahl der teilnehmenden Länder noch stärker über die EU-Länder hinaus erweitert werden.
- Die Zahl der Plätze muss bedarfs- und ortsgerecht erhöht werden. Denn auch wenn an einigen Hochschulen mehr als ausreichend Plätze für alle Bewerber*innen zur Verfügung stehen, erhalten andernorts nur die Bewerber*innen mit den besten Noten einen der begrenzten Plätze.
- Der gezahlte Förderbetrag sollte erhöht und stabilisiert werden und darf nicht mehr an die Zahl der in einem bestimmten Jahr am Austausch teilnehmenden Personen gekoppelt sein. Studierenden mit einem besonderen Bedarf müssen unbürokratisch und bedarfsgerecht höhere Förderbeträge bewilligt werden.
- Die Hochschulen sind gefragt, die Anzahl an Partnerhochschulen zu erhöhen, damit die Studierenden an allen Hochschulen eine angemessen breite Auswahl haben. Die Juso-Hochschulgruppen vor Ort sollen in den Gremien der Akademischen Selbstverwaltung dies vorantreiben.
- Studiengänge müssen so gestaltet werden, dass Auslandsaufenthalte an allen Stellen in den Studienverlauf integrierbar sind.

- Für die Bewerbung notwendige Sprachnachweise müssen regelmäßig und kostenlos an der Heimathochschule angeboten werden und müssen wiederholbar sein. Die darauf vorbereitenden Sprachkurse müssen kostenlos bereitgestellt werden. Dafür sollte die Hochschulen genügend eigene Kapazitäten schaffen oder Kooperationen mit lokalen Bildungseinrichtungen eingehen.
- Die Anerkennung von allen im Ausland erbrachten Leistungen an der entsendenden Hochschule durch Prüfungsämter muss verlässlich, zeitnah und unbürokratisch möglich sein.
- Für Austauschstudierende vor Ort muss eine angemessene soziale Infrastruktur bereitgestellt werden, ebenso wie ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote zum Beispiel bei der Wohnungssuche. Wir fordern darüber hinaus einen Anspruch für jede*jeden Erasmus-Studierenden auf einen Platz in einem Studi-Wohnheim festzuschreiben.

Doch auch während des eigentlichen Erasmus-Aufenthalts besteht in manchen Aspekten Verbesserungsbedarf. Denn nicht immer kommt es momentan zum Austausch zwischen Austauschstudierenden und Studierenden vor Ort. Oft bilden sich in der Praxis „Erasmus-Bubbles“, in denen zwar Erasmusstudierende aus zahlreichen Ländern interagieren, Berührungspunkte zu den Studierenden vor Ort aber selten sind. Daher sind alle Hochschulangehörigen in der Pflicht, wenn es darum geht die Austauschstudierenden tatsächlich in den Hochschulalltag einzubeziehen. Wichtig ist dabei ein breites und inklusives kulturelles Angebot und eine Studierendenschaft, die sich aktiv um die Inklusion von Austauschstudierenden bemüht. Hierbei können vor allem die Gremien der studentischen Selbstverwaltung eine große Hilfe sein, in dem sie bei ihren Veranstaltungen und Angeboten (und deren Bewerbung) die Inklusivität für internationale Studierende und speziell auch Erasmusstudierende bewusst berücksichtigen.